

BÜRGERBEWEGUNG STRASSLACH-DINGHARTING

Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger,

19. 09. 2002

Haushalt → eine schwierige Hinterlassenschaft

Fakt ist, die Haushaltslage ist ernst. Zutreffend ist auch jede andere Wortwahl zur Beschreibung der Situation. Reine Rhetorik ist es jedoch, wie im Gemeinderat geschehen und von der Presse kommentiert, sich an Formulierungen zu reiben. Ganz daneben liegt, wer schön redet und den Ernst der Lage bezweifelt.

Einige Zahlen aus dem Haushaltsplan vom 31. 12. 2001



Hinterlassen hat der ehemalige Bürgermeister Streit einen großen Schuldenberg. Die Rücklagen gingen in nur 3 Jahren um 95% zurück. Die hohe Neuverschuldung wird gebraucht, um Zins und Tilgung für die alten Schulden leisten zu können. Für ein Unternehmen wäre dies eine tödliche Konstellation. In vergleichbar großen Gemeinden kommt man mit einer wesentlich geringeren der Pro-Kopf-Verschuldung aus:

- Baierbrunn: Euro 398,- (DM 778,42) • Egling: Euro 622,- (DM 1216,53)
- Auch diese Gemeinden haben einen Kanal gebaut.

Straßlach-Dingharting hätte für die Vergangenheit den Pokal des "Schuldenmeisters" erhalten müssen. Wen wundert es, dass bei diesen Zahlen der Landrat die rote Karte gezeigt und mit einer Kreditsperre gedroht hat.

Erleichterung durch gestiegene Steuereinnahmen in 2001 (geplant 4 Mio. DM) dürfte nicht zu erwarten sein. Hoffnung auf mehr Steuereinnahmen in diesem und den nächsten Jahren ist Illusion. Die BB setzt sich dafür ein, dass eisern gespart wird und notwendige Investitionen, wie Straßenerneuerung und Neubau des Kindergartens, einer sehr sorgfältigen Einnahmen- und Ausgabenpolitik unterzogen werden. Die Bewältigung des Haushaltsproblems weitgehend durch leichtfertigen Verkauf von Gemeindegrund – den einzigen "Goldreserven" einer jeden Gemeinde – lösen zu wollen, verbaut die Zukunft der nächsten Generationen. Auf Verkaufserlöse aus dem geplanten Gewerbegebiet zu setzen, bedingt zunächst Anschubinvestitionen der Gemeinde für die Erschließung aufzubringen.

Steuereinnahmen von den neuen Gewerbebetrieben können über viele Jahre nicht erwartet werden.

Auftragsflut Die Lieblingsbeschäftigung der Querulanten

Die Gemeinderäte tagen in ihren Sitzungen bis tief in die Nacht. So entstand die spontane Idee die Sitzungsdauer zu begrenzen. Das hört sich zunächst vernünftig an, wird aber widersprüchlich, wenn ein paar Gemeinderäte –und immer dieselben– eine Flut von Anträgen in den Sitzungen stellen. Allein in der Sitzung vom 08.08.02 wurden unter TOP 16 für die nächste Sitzung 17 Anfragen und Anträge eingebracht. Schon im Juni 02 hatte der Münchner Merkur berichtet, dass mit einer Antragsflut offensichtlich versucht werde, den Bürgermeister und die Verwaltung "auflaufen" zu lassen und in Arbeit zu ersticken. Diskussionen und Beschlüsse zur Protokollierung von Anträgen per Diktiergerät, zur Verwendung von Laptops in den Sitzungen sowie rechtswidrige Anträge auf pauschale Akteneinsicht und Anträge zur Geschäftsordnung rücken Formalismus und Rechthaberei in den Vordergrund. Die Initiatoren solcher Unsachlichkeit vergessen offensichtlich ihren Auftrag, zum Wohl der Bürger zu arbeiten. Verwunderlich ist, dass sie auch Mitstreiter aus anderen Parteien finden. Der Münchner Merkur hat das richtig beobachtet.

Der Antrag auf pauschale Akteneinsicht ist eine Maßnahme zur Arbeitsbeschaffung für den Bürgermeister und die Verwaltung, da Antragsteller, Bürgermeister und die Verwaltung bis zu 12 Arbeitsschritten beschäftigt werden, wobei zuletzt der Aufhebungsbeschluss zu fassen ist.

Und so läuft die Bearbeitung eines unsinnigen Antrags ab:

1. Zuerst beschäftigt der Antrag den Antragsteller selbst
2. dann den Bürgermeister und die Verwaltung (sie müssen den Antrag bearbeiten)
3. dann den zuständigen Ausschuß
(er muß den Antrag vorberaten und in eine Beschlüßempfehlung für den Gemeinderat abgeben)
4. dann den Gemeinderat (er muß den Antrag beraten und abstimmen)
5. dann wieder den Bürgermeister
(er muß einen rechtswidrigen Gemeinderatsbeschlüß beanstanden §56 Absatz 2 Gemeindeordnung)
6. dann wiederum den Ausschuß (er muß die Beanstandung vorberaten)
7. dann wieder den Gemeinderat (er muß beschließen, ob der Beanstandung stattgegeben wird)
8. dann erneut den Bürgermeister (er muß den aufrechterhaltenen, rechtswidrigen Gemeinderatsbeschlüß der Rechtsaufsicht beim Landratsamt zur Entscheidung vorlegen)
9. dann beschäftigt der Antrag resp. Gemeinderatsbeschlüß das Landratsamt (rechtliche Prüfung)
10. dann kommt die Stellungnahme des Landratsamts in die Gemeinde zurück und beschäftigt wiederum den Bürgermeister und die Gemeindeverwaltung
11. dann wird abermals der Ausschuß beschäftigt (er muß über die Aufhebung des rechtswidrigen und beanstandeten Gemeinderatsbeschlusses vorberaten)
12. schließlich beschäftigt der Antrag nochmals den Gemeinderat (Aufhebungsbeschlüß).

Ein Blick in die Geschäftsordnung hätte ausgereicht, dass diese Frage nicht der Entscheidungsbefugnis des Gemeinderates unterliegt. Ist es Einfältigkeit, Gedankenlosigkeit oder Absicht?

Anträge zu stellen hat jeder Gemeinderat das Recht, doch nach Stellungnahme des Landrates findet das Antragsrecht seine Grenzen, "wenn Anträge rechtsmissbräuchlich, insbesondere ständig wiederholt oder schikanös gestellt werden. Dies ist auch der Fall, wenn Anträge offensichtlich nur mit der Absicht gestellt werden, die Sitzungsdauer zu verlängern. In solchen Fällen ist der erste Bürgermeister dazu berechtigt, die Anträge zurückzuweisen".

Die Sitzungsdauer regelt sich dann, ohne dass man darüber beschließen muss.

Es liegt allein im Interesse aller Bürger, dass Bürgermeister und Verwaltung sachbezogen arbeiten können an den vielen notwendigen Aufgaben wie Finanzen, Haushalt, Jahresabschluss Gemeindewerk, Kindergarten, Gewerbegebiet, Einforderung ausstehender Abgaben, Beantwortung liegen gebliebener Korrespondenz, rechtlich notwendige Korrektur von Grundstücksangelegenheiten.

Wer einen Destruktionskurs betreibt, ist hierfür vom Bürger nicht gewählt worden.

Kindergarten Investition für die Jüngsten

Fakt ist, der Neubau eines Kindergartens ist notwendig. Der Raumbedarf ist in §1 (6.DVBayKiGa) gesetzlich vorgegeben und ausreichend für die Tagesarbeit bemessen. Zusatzwünsche (Mehrzweckraum, zweiter Intensivraum, zweckmäßiger Eingangsbereich) hat der Gemeinderat mit Mehrheit beschlossen, sind aber für zwei erforderliche Gruppen gesetzlich nicht vorgegeben und können sich eigentlich nur reiche Gemeinden leisten. Immerhin hat der neue Gemeinderat Abstand genommen von früheren Vorstellungen einen sehr großen, auch für andere Zwecke nutzbaren Neubau zu planen, der rd. 5 Mio. DM gekostet hätte.

Die BB teilt nicht die Ansicht der Mehrheit des Gemeinderates, über die Vorentwürfe mehrerer Architekten zu entscheiden ohne den Bürgern, insbesondere den Eltern und den Erzieherinnen, nochmals ein Anhörungsrecht einzuräumen. Die BB wird, möglichst bevor im Gemeinderat über die Entwurfspläne entschieden ist, zu einem Informationsabend einladen. Es wäre wünschenswert, wenn die Bürger ihre Vorstellungen und Anregungen mit Gemeinderäten diskutieren könnten. Unverständlich ist die Ablehnung im Gemeinderat über ein 10 Punktepapier des Bürgermeisters zu diskutieren. Vorgeschlagen wurde u.a. Raumbedarf und Raumgrößen festzulegen, auf eine kindergartenfremde Mischnutzung zu verzichten, über die Anzahl der Geschosse und eine Unterkellerung zu entscheiden, eine baubiologische Holzkonstruktion zu wählen, den Planern eine Kostenlimitierung von Euro 750.000 vorzugeben, ein Bürgergespräch zu führen.

Keinesfalls dürfen die Erlöse aus dem beschlossenen Verkauf des Gemeindegrundes Flurstück 235 ausschließlich zur Finanzierung des Kindergartenneubaus verwendet sondern müssen auch zur Schuldentilgung genutzt werden.



Für mehr Öffentlichkeit, mehr Transparenz,
mehr Bürgernähe haben alle Gruppierungen im Wahlkampf plädiert.
Jetzt ist die Zeit dies umzusetzen.
Wir tun es.

Die BB setzt sich für einen funktionalen und wirtschaftlichen Neubau des Regelkindergartens ein, wie andere Gemeinden es vorgemacht haben. Es ist richtig, wie vom Bürgermeister eingeleitet, mehrere Architekten aufzufordern Vorentwürfe abzugeben und sich nicht wie in der Vergangenheit von einem Architekten abhängig zu machen. (Was hat eigentlich die vom alten Bürgermeister bestellte Planung eines überdimensionierten "Luxusneubaus" mit Baukosten von rd. 5 Mio. DM gekostet?) Warum fragt der Gemeinderat nicht nach Fertigbaulösungen, bei denen keine zusätzlichen Kosten für Architektenleistungen anfallen. Andere Gemeinden haben diese Lösung kostengünstig und zufriedenstellend realisiert, die in späteren Jahren einfach zu erweitern ist?

Die BB fordert diese Alternative ein.

Mit großem Engagement, Organisationstalent und Fachwissen arbeiten Eltern an dem Konzept, den Kindern neben dem Regelkindergarten einen Waldkindergarten für eine Gruppe anzubieten und neue pädagogische Wege zu gehen. Die Idee ist in vielen Ländern erfolgreich eingeführt. Zauderern und Skeptikern im Gemeinderat wird empfohlen, Informationsveranstaltungen zu besuchen und genauer das Konzept zu studieren. Anmeldungen liegen vor. Der Gemeinderat hat die Anfrage zur finanziellen Hilfe für die Anlaufphase an den zuständigen Ausschuss verwiesen, ist aber nicht bereit die Trägerschaft zu übernehmen.

Die BB unterstützt die Initiative der Eltern.

Autobahnsüdring Keine Phantomdiskussion

Fakt ist, auf Initiative der CSU im Landtag wird die Staatsregierung aufgefordert zu beantragen, dass die Schließung des Autobahnringes um München (Südring/Tunnel) in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen wird (Drucksache 14/9746 vom 13.06.2002).

Richtig ist aber, sich den Bedenken der Obersten Baubehörde anzuschließen. Ein Südring würde die A 99 nur um zehn Prozent entlasten; eine solche minimale Entlastung des Verkehrsaufkommens steht in keinem Verhältnis zum Aufwand und zum Schaden. So auch die Meinung der CSU Straßlach-Dingharting in der SZ vom 26.08.02. Die BB begrüßt es, dass die örtliche CSU die Meinung der BB teilt und sich öffentlich gegen den Südring ausspricht. Sie hätte ihren Einfluß geltend machen müssen, dass die Staatsregierung dem Antrag der Landes-CSU nicht folgt.

Wo war eigentlich die CSU Straßlach-Dingharting, als mehr als 500 Bürger der betroffenen Südgemeinden gegen den Südring demonstrierten? Neben Bürgern der Gemeinde war die BB als einzige Partei zum Protestmarsch erschienen. Die CSU Straßlach-Dingharting sollte mehr Flagge zeigen für ihre Überzeugung und sich umgehend den Aktivitäten der "Vereinigten Bürgerinitiative Südlicher Erholungsraum München (VBI)" anschließen.

Führung durch die bayerische Staatskanzlei am Dienstag, dem 24. 09. 2002, 16⁰⁰ Uhr
Es wird angeboten, den Ort kennen zu lernen, wo Politik unmittelbar gestaltet wird. An diesem Tage findet die erste Kabinettsitzung nach der Bundtagswahl statt. Je nach Ausgang werden personelle Änderungen im Kabinett diskutiert und beschlossen werden. Nach der Sitzung wird der Ministerratssaal, in dem das Kabinett tagte, besichtigt werden können. Ebenso steht das Arbeitszimmer des Ministerpräsidenten für eine Besichtigung offen. Daneben gibt es interessante Architektur, Kunst und Geschichte zu sehen. Eine Führung, die auch für Jugendliche sehr geeignet ist.

Die Anreise nach München ist von den Teilnehmern selbst zu organisieren. Die Staatskanzlei liegt zwischen den U-Bahnstationen Odeonsplatz und Lehel, Franz-Josef-Strauss-Ring 1.

Im Anschluss an die Führung ist Gelegenheit zu einem Gespräch im nahe gelegenen Cafe oder Restaurant. Anmeldungen sind zu richten an: Reiner Statz, Mühlstr. 26, Tel. 925675



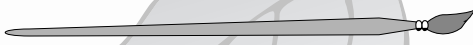
Das Seniorencafe öffnet die Tore in der kleinen Mehrzweckhalle am Donnerstag, dem 19. 09. 2002, 15³⁰ Uhr

und wird künftig alle vier Wochen am Donnerstag stattfinden.

Die BürgerBewegung unterstützt diese Idee, die alle Bürger ansprechen will und nicht politisch ausgerichtet ist.

Chris Sommer

Das GARTEN-ATELIER



Tölzer Str. 0 • 82064 Straßlach
Telefon Mobil: 0172/6094225

E-Mail: chris_sommer@hotmail.com
Internet: www.dasgartenatelier.de

Am 28. Sept. 2002
Oldtimer-Treffen

Für Fahrzeuge
bis Baujahr 1969
mit Ausfahrt
und Oldieabend

Ausschreibung
unter Tel. 0172/8152007

GARTEN-ATELIER
Aqua-Flora

Förderkreis
Kunstfreunde München Süd e. V.

Gemüse und Schnittblumen selber ernten
im Gewächshaus und auf dem Feld.

Blumen, Sträucher, Thujen etc. für die Herbstbepflanzung.
Zimmerpflanzen in großer Auswahl.

Zusätzlich möchten wir Sie auf unsere ganzjährige Verkaufsausstellung
"Das Garten - Atelier"
hinweisen, wo wir Ihnen Kunst und Natur mit ständig wechselnden
Künstlern in außergewöhnlicher Umgebung präsentieren.
Original griechische Amphoren befinden sich ebenfalls in unserem Angebot.

Gärtnerei **Aqua-Flora** Tölzer Str. 0 • 82064 Straßlach • Tel. 08170/92460

Öffnungszeiten: Montag-Freitag 8⁰⁰ bis 18⁰⁰ und Samstag 8⁰⁰ bis 14⁰⁰

Der Charmante
Modezauber
in Straßlach

•••Ihr Fachgeschäft,
wenn es um Mode geht,
von Größen 34 bis 54•••

Aktuell

Riesenauswahl an Hosen mit Stretch
in vielen Farben und Größen

Tölzer Straße 5 • 82064 Straßlach • Tel. 08170/402

Impressum:

Bürgerbewegung Straßlach-Dingharting
Postfach 1131, 82062 Straßlach
Bankverbindung: Kto.: 939 900
Raiffeisenbank Isartal eG
BLZ 701 695 43

Redaktion:

Ludwig Weber Tel. 08170/7831

Anzeigenannahme:

Ursula Krieger Tel. 08170/7248

Auflage: 1200